

Vier starke Frauen für den Landtag – Hanna Binder für den Norden

Am 8. März 2026 wird in Baden-Württemberg der neue Landtag gewählt. Die SPD Stuttgart geht dafür mit vier starken Frauen ins Rennen um die Stuttgarter Wahlkreise: Unsere Gemeinderätin Sara Dahme, die Landtagsabgeordnete Katrin Steinhilb-Joos, Laura Streitbürger sowie stellvertretende ver.di Landesbezirksleiterin **Hanna Binder**, die für den Wahlkreis I antreten wird, zu dem unser Stuttgart-Nord gehört.

Hanna tritt mit ihren Schwerpunkten „**Gutes Leben**“, „**Gute Arbeit**“ und „**Solidarität**“ für die Belange der Menschen in Stuttgart an:



Ein „**gutes Leben**“ möchte die zweifache Mutter durch garantierte Kita-Plätze für alle Kinder, bezahlbare und umweltfreundliche Mobilität sowie bezahlbaren Wohnraum erreichen. Konkret sollen dafür unter anderem die Investitionen in Bus, Bahn, Rad- und Fußwege auf mindestens eine Milliarde Euro jährlich steigen.

Hanna ist eine waschechte Gewerkschafterin. Als stellvertretende Landesbezirksleiterin der Gewerkschaft ver.di ist ihr „**Gute Arbeit**“ besonders wichtig - fair bezahlt, sicher, mitbestimmt und vereinbar mit dem Leben. Daher macht sie sich unter anderem für ein Gesetz stark, mit dem öffentliche Aufträge nur noch an tarifgebundene Unternehmen vergeben werden dürfen. Denn nur Tarifverträge können faire Löhne für Arbeitende garantieren. Tarifbindung, Arbeitsschutz, Vereinbarkeit und Mitbestimmung sind die Grundpfeiler für eine gute Zukunft für Arbeitnehmer*innen.

„**Solidarität**“ ist in Baden-Württemberg wichtiger denn je. Hanna setzt sich stark für ein Land und eine Gesellschaft ein, die in Freiheit und Demokratie zusammenhält und füreinander da ist - unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Lebenslage der Menschen. Dafür möchte sie die Kommunen bei der Integration von Zugezogenen finanziell und strukturell stärken und sich für den „Spurwechsel“ für Geflüchtete stark machen, der Menschen, die arbeiten und lernen wollen, Perspektiven auf ein Bleiberecht ermöglicht, wenn sie sich in den Arbeitsmarkt integrieren.

Sie wollen mehr über Hanna erfahren? Auf der Website hanna-binder.de oder auf Instagram unter [hanna.binder.spd](https://www.instagram.com/hanna.binder.spd) finden Sie weitere Informationen zu ihren

Schwerpunkten und ihren Terminen, bei denen Sie unsere Landtagskandidatin treffen können.

Vor der Landtagswahl am 8. März gibt es zahlreiche Veranstaltungen, Stände und Treffen, bei denen Sie Hanna Binder kennenlernen können.



Editorial

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

spät im Jahr halten Sie eine neue Ausgabe unserer Stadtteilzeitung in Ihren Händen. Natürlich geht es auch um die Landtagswahl im März 2026, aber wir haben auch viele Themen dabei, die über das Frühjahr hinaus wichtig bleiben.

Die Lage ist nicht gut, die Stimmung ist schlecht – macht man sich da mit Kritik nicht mit denen gemein, die nur Unzufriedenheit und Zwietracht säen wollen?

Es hat keinen Sinn, die Augen vor der Realität zu verschließen: Stuttgart wird unter seinen Möglichkeiten und unter seinen Bedürfnissen regiert und verwaltet. In den Bezirksbeiräten bemühen sich Ehrenamtliche um die Interessen der Einwohner, aber ihre Anträge werden oft über Jahre hinweg ignoriert. Und wenn dann doch einmal ein Konzept entsteht, dann ist es schon in Beton gegossen, wenn es vorgestellt wird – so wie bei der Frage nach dem Verkehrskonzept für die Internationale Bauausstellung auf dem Killesberg 2027. Bürgerbeteiligung wird vor allem dann goutiert, wenn sie als Deckmantel für Untätigkeit dienen kann.

Im August 2018 stürzte in Genua eine Autobahnbrücke von über 1.000 Metern Länge ein. Keine zwei Jahre später wurde der Ersatzneubau eröffnet. Die etwa 100 Meter lange Rosensteinbrücke in Cannstatt über den Neckar wurde 2022 noch rechtzeitig gesperrt. Schon der Abriss dauerte über zwei Jahre. Die U-Bahn fährt einen großen Umweg, per Bus kommt man gar nicht mehr umsteigefrei vom Hallschlag zum Wilhelmsplatz. Die neue Behelfsbrücke ist nur für Fußgänger und Radfahrer. Die „richtige“ neue Brücke soll 2031 fertig sein. Aus Erfahrung darf man skeptisch bleiben.

Wir sind überzeugt: Eine bessere Politik ist möglich. Kritik hat ihre Berechtigung und muss ausgehalten werden. Bleiben Sie uns gewogen!

Ihr Gottfried Schmitt (Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Stuttgart-Nord/Prag)

Keine U-Bahn für die IBA

Alle fünf Jahre müssen Landkreise und kreisfreie Städte definieren, wie die Planungen zu Leistungsangebot und Qualität bei Bussen und Straßenbahnen aussehen, so schreibt es das Landesgesetz für den öffentlichen Nahverkehr vor. In Stuttgart ist es jetzt wieder so weit: Bezirksbeiräte und Ge-

von Möhringen über den Hauptbahnhof zum Killesberg fahren zu lassen. Aber nein – auch das Projekt soll „verschoben“ werden, ebenso wie die Direktverbindung weiter nach Hohenheim. Von einer Buslinie vom Killesberg am Le Corbusier-Haus vorbei hinunter zur Löwentorbrücke, wie sie der



meinderat bekamen im November einen Entwurf präsentiert, und der Beschluss soll noch vor Weihnachten gefasst werden.

Die Vorzeichen stehen nicht gut: Die Stadt möchte angesichts der Finanzlage, die sich drastisch verschlechtert hat, bei der SSB deutlich sparen. Meistens geht es darum, vorgesehene Verbesserungen und Ausbauten zu verschieben, aber zum Teil soll auch in den Bestand eingegriffen werden: Beispielsweise würde es am Sonntagmorgen bei den U-Bahn-Linien länger nur einen 30 Minuten-Takt geben. Einige Verbesserungen sollen auf jeden Fall umgesetzt werden, so zum Beispiel die Doppeltraktionen auf der U 1 (dafür baut man ja auch mit großem Aufwand lange Hochbahnsteige), die Verlängerung der U 13 nach Hausen und die Verlängerung der U 19 bis zum Mercedes-Museum. Aber selbst die neue Linie U 17 vom Flughafen zum Vaihinger Industriegebiet, für die man extra eine neue Verbindungskurve gebaut hat, soll nach den Vorstellungen der Stadt erst einmal nicht kommen – oder gar nie?

Die Vorstellungen der Stadtverwaltung für den Stuttgarter Norden sind enttäuschend, denn die Internationale Bauausstellung 2027, für die am Weißenhof ein neues Besucherzentrum errichtet wird, blendet man völlig aus. Dabei wäre das doch die Gelegenheit, die U-Bahn endlich alle 10 Minuten

Bezirksbeirat seit langem fordert, ganz zu schweigen...

Wir als SPD Stuttgart-Nord/Prag versuchen, für diese beiden Projekte Druck zu machen. Die SPD-Gemeinderatsfraktion hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass es beim täglichen Nachtbusangebot bleibt – das ist nicht nur wichtig für Party-People, sondern auch für Arbeitskräfte in der Gastronomie, in Hotels, in Kliniken oder Pflegeeinrichtungen. Auch die Panoramabahn muss im Nahverkehrsplan Beachtung finden. Und es gibt eine Menge Dinge, die die Qualität des Angebots verbessern würden und kaum etwas kosten: Eine vernünftige Anschlussicherung. Bessere Festhaltungsmöglichkeiten in den U-Bahnen. Bessere Ampelschaltungen. Mehr Kommunikation und Transparenz bei geplanten Baustellen und Fahrplanänderungen und und und.

Außerdem gäbe es durch ein neues Landesgesetz die Möglichkeit, dass die Stadt zur Verbesserung des Nahverkehrsangebots eine Mobilitätsabgabe bei Einwohnern oder Autoeigentümern erhebt, die mit einem Nahverkehrsabo verrechnet werden könnte. Und wer die Stuttgarter Stadtkämmerei kennt, der weiß, dass düstere Finanzprognosen eigentlich nie wirklich eingetroffen sind. Aber was im Nahverkehrsplan nicht enthalten ist, wird auch nicht umgesetzt – auch wenn Geld vorhanden wäre. (Gottfried Schmitt)

Nordbuslinie

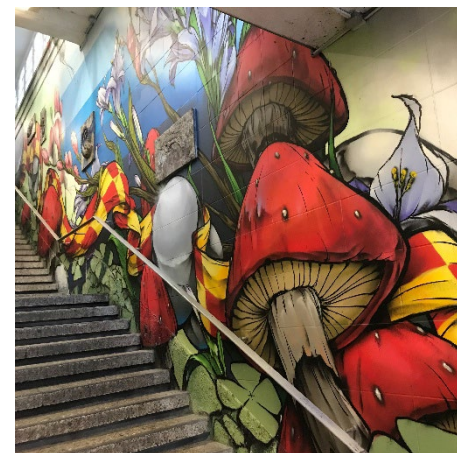
Schon seit vielen Jahren fordert die SPD die Weiterführung der Buslinie 57 ab Burgholzhof über Killesberg und Friedrich-Ebert-Straße mit den Haltestellen: Weißenhof-Museum – Le Corbusier-Haus - Wilhelm-Blos-Straße - Mia-Seeger-Straße (Endhaltestelle mit Wendeschleife) Damit wäre die direkte Anbindung der Wohngebiete Weißenhof, Schönblicksiedlung, Wartberg sowie Burgholzhof an das Einkaufszentrum Killesberghöhe und den Verkehrsknoten an der Löwentorbrücke geschafft.

Vielleicht schaffen wir es, diesen guten Vorschlag im Umfeld der Vorbereitungen zur IBA 2027 durchzusetzen. Immerhin ist nicht nur die SPD sondern der ganze Bezirksbeirat Nord dieser Meinung. (Axel Alt)

Nordbahnhof

Es gibt immer wieder Momente, in denen sich die Nordlicht-Redaktion die Augen reiben muss. Feiert die Forderung nach einem Aufzug am Nordbahnhof bald 25. oder schon 50. Geburtstag.

Dabei ist es doch ganz einfach. Wir leihen den PlanerInnen der DB gerne einen Kinderwagen und sie erhalten die Aufgabe an der Haltestelle Nordbahnhof von der U-Bahn zur S-Bahn umzusteigen. Ohne hilfreiche Passanten oder einen langen Umweg geht das einfach nicht. Reden wir gar über Menschen im Rollstuhl, bleibt eh nur der lange Weg.



Mehrere Generationen Bezirksbeiräte der SPD haben schon Forderungen und Anträge formuliert und sind bis heute an den Kompetenzstreitigkeiten zwischen DB, Stadt und Region gescheitert. Wir bleiben trotzdem dran. (Martin Himmelsbach)

Wohnen – Zeit für einen Paradigmenwechsel

Eine 65 m²-Wohnung für 1.450 EUR. Solche und ähnliche Anzeigen muss jeder lesen, der gerade auf der Suche nach einer Mietwohnung ist. Keine Frage: Die Wohnungspolitik ist eines der wichtigsten Politikfelder der nächsten Jahre. Dabei können wir im Stuttgarter Norden nicht nur Versagen melden. Während auf der einen Seite Vonovia in zahlreichen Wohnkomplexen unmoralische Mieterhöhungen erzwingt, werden mit dem Staiger-Gelände am Milchhof und der Roten Wand interessante (aber auch meist teure) neue Wohnungen geschaffen – darunter auch Sozialwohnungen im Stuttgarter Modell.



Doch die wenigen guten Nachrichten sollen uns nicht davon abhalten, die Utopie einer neuen Wohnungspolitik zu formulieren. Denn mit jeder Regierungsbeteiligung muss sich auch die SPD daran messen lassen, wie viel sie in diesem Bereich erreicht hat.

Eigentlich benötigen wir etwas wie ein **Klima-Modell für den Wohnungsmarkt**, das genauso wie das 1,5-Grad-Ziel beim Klima ein klares Ziel für die Wohnkosten formuliert. Unser Vorschlag: 30 % des Einkommens für das Wohnen. Dafür brauchen wir Datenkompetenz in den Verwaltungen und eine Kooperation mit Onlineplattformen, um Echtzeitdaten bereitzustellen. Dann könnten alle neuen Regelungen danach bewertet werden, ob sie geeignet sind, das System in Richtung des 30 %-Ziels auszurichten oder nicht.

Davon sind wir noch weit entfernt – aber auch für Stuttgart gibt es Ideen, die sofort umsetzbar wären: Eine einfache Maßnahme wäre es, den weiterhin großen Leerstand progressiv zu besteuern – ab dem zweiten Jahr normal, im dritten Jahr hoch und im vierten Jahr sehr hoch. Davon darf man sich erhoffen, dass ungenutzter Wohnraum vermietet wird und damit das Angebot erhöht.

Zweitens schlagen wir vor, **Investitionssicherheit** zu schaffen, indem bürokratische Vorgaben und Fristen entfallen. Vor allem private Bauherren scheitern an den kommunalen Behörden und ihrem Regelungswahn.

Drittens geht es darum, genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungsbau zu stärken. Das könnte exemplarisch im gesamten Rosensteingelände umgesetzt werden. Der Gemeinderat könnte eine Vorgabe machen, dass bei der Vergabe von Neubauprojekten **der absolute Vorrang für Genossenschaften** gilt. Natürlich benötigen wir weiterhin Zuschüsse für Personen mit niedrigem Einkommen. Aber es wäre zumindest eine

sinnvolle Idee, dass sich künftig die Entwicklung der Mieten an der Einkommensentwicklung orientiert und nicht an einem abstrakten Mietspiegel. Damit könnte man zumindest das Problem explodierender Mieten adressieren.

Wir laden Sie herzlich ein: Wohnen ist ein Menschenrecht. Setzen wir es durch. (Martin Himmelsbach)

Verkehrskonzept Weißenhof zur IBA

Es ist Januar 2026: In 14 Monaten soll die Internationale Bauausstellung „IBA 27“ ein Millionenpublikum zur 100-Jahr-Feier der Weißenhofsiedlung auf den Killesberg locken. Mit Bangen blicken die Anwohner in das Bauloch vor der Kunstakademie, aus dem das Besucherzentrum für die IBA - jetzt „Weißenhof Forum“ genannt - heraus wachsen soll. Man kennt sich aus mit Besucherströmen in den Weißenhof: Jahrelang musste das Wohngebiet mit geschlossenen Schranken, zugesperrten Geh- und Rettungswegen und Polizeikontrollen leben - bis endlich die „Messe Killesberg“ auf die Fildern zog.

Also warten ganz Killesberg und die Anwohner im Weißenhof auf ein Verkehrskonzept der Stadt, von dem aber bis Mitte 2025 noch nichts zu sehen ist. Und sie schreiben ein Tagebuch von Unwillen, Ignoranz und Arbeitsverweigerung:

30.06.2025: Der Bezirksbeirat Stuttgart-Nord fordert die Stadtverwaltung auf, innerhalb von 6 Monaten endlich das fehlende Verkehrskonzept zu erstellen. 29.08.2025: Auch die Fraktionsgemeinschaft SPD/Volt im Gemeinderat beantragt hierzu einen zeitnahen Bericht der Stadtverwaltung im Stadtplanungsausschuß STA.

30.09.2025: Die Leitung des Amtes für Stadtplanung und Wohnen antwortet dem BZB-Nord unter Az. 0758/2025 AN BB-BEA01 u.a. wie folgt: (Zitate) „Die IBA erarbeitet derzeit ein Konzept für das Ausstellungsjahr 2027...“ „Sobald die Abstimmung weiter fortgeschritten ist werden sowohl die Anwohner/Anlieger als auch der BB Nord informiert.“ Und „Sollten...Besucher mit dem Auto anreisen, braucht es ein Konzept, das möglichen Parkdruck aus der Siedlung heraushält.“ Und „Eine Sperrung oder Durchfahrtsbeschränkung zur Weißenhofsiedlung...ist verkehrsrechtlich so nicht möglich.“

Ach ja denken die Anwohner, denn: Genau das passiert aktuell - die Straße Am Weißenhof ist bis zur Fertigstellung des Forums komplett gesperrt. Und die einzige Zufahrt führt über die Oskar-Schlemmer-Straße - was ja verkehrsrechtlich nicht geht...?

Und für die Anfahrt von Bussen heißt es: „...von der Stadt (wird) entlang der Friedrich-Ebert-Straße, fast gegenüber dem Corbusier-Haus, eine Busbucht neu geschaffen.“ Im Klartext heißt das: Die Stadt wälzt die Verkehrsplanung auf den Veranstalter IBA ab... 18.11.2025: Die Stuttgarter Zeitungen STN und STZ berichten unter der Überschrift „Der Weißenhof wird zur Einbahnstraße“ von einer Kehrtwende der Verkehrsplaner in der Bezirksbeiratssitzung vom 10.11.25: Die städtische Verkehrsplanerin Döllgast erklärt, dass „in Zukunft ...der einfahrende Verkehr in die Weißenhofsiedlung über die Oskar-Schlemmer-Straße erfolgen“ soll. Das sei „bedenkenlos möglich“. Wir lernen: Verkehrsplanung sticht Stadtplanung aus ...

Und die Geschäftsführerin der IBA, Gabriele König, kann nur von einem „verstärkten Interesse an der Weißenhofsiedlung“ sprechen, denn: „schließlich kann ich nicht in einer Glaskugel lesen“. Es werden aber „sicher nicht 10.000 Besucher an einem Tag“.

Was denn nun? fragen sich die Anwohner des Weißenhofs. Wer kümmert sich jetzt eigentlich um unser Wohngebiet? Wo sollen Omnibusse parken? Wird die SSB zusätzliche Buslinien einrichten? Wird die U 5 wieder im 10-Minuten-Takt fahren?

Wie bei Bertolt Brecht:
Der Vorhang zu und alle
Fragen offen...

(Axel Alt)



Die IBA und Stuttgart Nord

1927 hat die Werkbund-Ausstellung „die Wohnung“ in Stuttgart am Killesberg weltweite Aufmerksamkeit gefunden. Die Ausstellung wird bis heute von Architekten und Interessierten aus aller Welt besucht. Noch mehr Besucher kommen, seit das Lebenswerk des Architekten Le Corbusier einschließlich der zwei Häuser in der Weißenhofsiedlung von der Denkmalschutzabteilung der UNO zum Weltkulturerbe gekürt wurde.

An diesen Erfolg anknüpfen möchte Stuttgart hundert Jahre später mit einer Internationalen Bauausstellung IBA 2027. Vor 100 Jahren wollte man den sozialen Mietwohnungsbau mit offenen Grundrissen, Vorfertigung in der Fabrik, großen Fenstern, Flachdach, Badezimmer und Zentralheizung für alle aufwerten. Die Wohnungsfrage steht auch 100 Jahre später im Mittelpunkt. Die Ausstellung 100 Jahre danach blickt auch über „die Wohnung“ hinaus auf die Stadt und die Region. Zehn Thesen zur IBA'27 sind Ausgangspunkt für die Zukunft. In Schlagworten:

- * Wohnen ist und bleibt die zentrale und häufigste Nutzung gebauter Umwelt. Wohnen muss erschwinglich sein. Wohnen muss den demografischen Wandel von Patchwork-Familien bis zur Alterung der Gesellschaft berücksichtigen

- * Auch kommende Generationen sollen die von uns gebauten Häuser und Stadträume nutzen können und gerne darin leben.

- * Bestehende Bausubstanz ist ein Schatz. Häuser sind zu teuer, um billig gebaut zu werden.

- * Die vielen großen und kleinen Zentren der Region Stuttgart sind als Orte der Begegnung, Identitätsstiftung und des gesellschaftlichen Zusammenhalts – über Shopping hinaus - zu definieren.

- * Arbeit muss nicht mehr mit Lärm und Gestank verbunden sein. Erwerbsarbeit, Homeoffice und Coworking Spaces sind selbstverständlicher Bestandteil auch von früher reinen Wohngebieten.

- * Energie und Stoffkreisläufe sind für ein postfossiles Zeitalter zu entwickeln.

Digitalisierung wird die Planungs- und die Bauprozesse, die Gebäudetechnik und den Alltag durchdringen und Realisierung anspruchsvoller Bauten erleichtern.

- * Der beste Verkehr ist der, der nicht entsteht, weil alles was der Mensch braucht in kurzer Entfernung bequem zu erreichen ist.

- * Verkehrsmittel müssen sich nicht alle in individuellem Privatbesitz befinden und müssen nicht 23 Stunden am Tag die Stadt zuparken. Wertvolle Flächen im Inneren von Gebäuden und im Außenraum werden frei. Das gesamte Verkehrssystem schont Ressourcen und spart Platz.

- * neue Formen der politischen Teilhabe in Region und Stadt werden unmittelbar und für alle zugänglich.

Die 10 Thesen werden mit fast 100 Projekten baulich gezeigt. Schauen wir auf diejenigen in Stuttgart-Nord

Brenzkirche

Nach ihrer wechselvollen Geschichte erfährt die Brenzkirche zur IBA 27 eine Runderneuerung. Die Kirche ist heute gezeichnet von ihrer Geschichte: Erstellung im Geiste der Weißenhofsiedlung 1933, nationalsozialistische Umgestaltung im Geiste von Blut und Boden zur Reichsgartenschau 1939, Kriegsschäden, Reparatur der Kriegsschäden nach den Plänen von 1939, bauliche Instandhaltung und technische Aufwertung in den 50er und 60er Jahren, Denkmalschutz als bauliches Dokument ihrer eigenen wechselvoller Geschichte 1983, heftige Nutzung nicht ohne Verschleiß bei der sozialen Gemeindearbeit, auch im Zuge der Pflege der Nachbarschaft mit einer Flüchtlingsunterkunft von 2015 bis 2018.

Architekten der Arbeiten sind nach gewonnen Wettbewerb die sowohl im Sakralbau wie im Denkmalschutz hervorgetretenen Wandel Lorch Götze Wach (WLGW) aus Frankfurt/M. Der Entwurf stellt Flachdach und „runde Ecke“ des Ursprungsbau wieder her, ohne die seither erfolgten baulichen Veränderungen zu leugnen. Die Zweistöckigkeit des Ursprungsbaus, oben Kirche und ebenerdige Gemeindesaal wird erweitert um einen baumbestanden Platz an der Landenberger Straße.

Die Brenzkirche wird eine Attraktion wie ja auch die katholische St. Georgskirche in Stuttgart-Nord zur IBA 27 fein gemacht wird. St. Georg stammt aus derselben

Entstehungszeit wie die Brenzkirche und ist ebenfalls im Zusammenklang mit der Weissenhofsiedlung entstanden. Die als Jugendkirche vom Architekturbüro „Prinzmetal“, Stuttgart/Köln sehr beachtlich umgebaute evangelische Martinskirche steht ebenfalls im Stadtbezirk Stuttgart-Nord.

Rote Wand

Eine lange Geschichte war nötig, um hier ein ökologisch und sozial ehrgeiziges Wohnprojekt in Gang zu setzen. Wir erinnern: 1989 ergeht der Beschluss, am Killesberg die unwiderruflich letzte Erweiterung der Messe vorzunehmen. Auf dem Gelände an der Roten Wand wurden Parkplätze unter Bäumen angelegt. Gleichzeitig mit der Fertigstellung dieser unwiderruflich letzten Erweiterung fällt 1993 die Entscheidung für einen Messe-Standort am Flughafen. Eine internationale Gartenbauausstellung hat dem Ganzen 1993 Glanz gegeben. Als die Messe dann 14 Jahre später 2007 an den Flughafen zog, dauerte der Abriss der Gebäude am Killesberg 2 Jahre. An der Roten Wand wurden nacheinander 2008 ein Mode-Orderzentrum, dann ein Dienstleistungszentrum geplant. Diese Planungen scheiterten kläglich. Ab 2014 wurde Wohnungsbau mit hohem ökologischen Standard geplant. Geförderte Mietwohnungen, Baugemeinschaften und Eigentumswohnungen sollten gebaut werden. Es kamen Flüchtlinge. Förderprogramme kamen und vergingen. Die eine einzige Bietergemeinschaft sollte an den Schwierigkeiten auseinander brechen. Die damit verbundenen Verzögerungen trieben das Projekt den Preissteigerungen am Ende des Jahrzehnts zu. Corona-Heimarbeit und Personalwechsel im Bauamt, sich ändernde Brandschutz-Anforderungen beim Bauen mit Holz, nachbarliche Einwendungen und Rechtsstreitigkeiten verzögerten die Baugenehmigung.

Die im Wettbewerb 2014 preisgekrönten Gebäude waren 10 Jahre später immer noch nicht genehmigt. Ein Wunder, dass jetzt 2025 die Wohnungen wenigstens im ersten Bauabschnitt bezogen wurden. Die zwei Mehrfamilienhäuser von fünf geplanten sind wirklich weitgehend aus Holz und mit hohem ökologischen und energetischen Anspruch gebaut. Was lange währt wird endlich gut.

Mehrgenerationenwohnen auf dem Killesberg

Das Siedlungswerk realisiert gemeinsam mit dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) Kreisverband Stuttgart e.V. ein Mehrgenerationenprojekt auf dem Killesberg im Stuttgarter Norden. Wo bisher das Seniorenzentrum »Haus auf dem Killesberg« steht, entsteht ein generationenübergreifendes Wohnquartier mit unterschiedlichen Wohn- und Pflegeangeboten für ältere Menschen und Familien.

Stuttgart Rosenstein

Der Wohnungsbauschwerpunkt für ganz Stuttgart war nach Wegzug von Südmilch und Autohaus jahrelang an der Nordbahnhofstraße. Bis voraussichtlich 2025 baut das Siedlungswerk rund 480 Wohneinheiten. Zum Energiesparen wurde mehr getan, als Vorschriften verlangen. Die Heizungsanlage bringt mit einem Eisspeicher sommerliche Kollektorgewinne in den kalten Winter. Nach der angepeilten Fertigstellung des neuen Hauptbahnhofs wird Stuttgart-Nord weiter Schwerpunkt des Stuttgarter Wohnungsbaus bleiben, wenn auf ehemaligen Gleisflächen der Stadtteil Rosenstein entstehen wird. Davon wird allerdings 2027 wenig zu sehen sein. Als erster Baustein des neuen Stadtteils entsteht die sogenannte Maker City neben den Wagenhallen. Sie dient als urbanes Labor für die weitere Entwicklung des gesamten Stadtteils Stuttgart Rosenstein.

Weissenhof.Forum

Mitten in Stuttgart-Nord – zentral bei den Ausstellungsgebäuden Brenzkirche und Rote Wand - wird das Weissenhof.Forum als Besucher- und Informationszentrum zentraler Bestandteil der IBA'27 in Stuttgart, als Start- und Orientierungspunkt für Besuchende der Weissenhofsiedlung errichtet. Das Gebäude nach Planung der Berliner Architekten Barkow Leibinger zeichnet sich durch herausragende architektonische und städtebauliche Qualität sowie ein nachhaltiges und innovatives Energiekonzept aus. Über die Weissenhofsiedlung informiert ein neues Szenografie- und Vermittlungskonzept, gestaltet vom Atelier Markgraph aus Frankfurt.

Hier am Killesberg und nicht zum Beispiel im bis dahin hoffentlich auch fertigen Haus des Gastes am Marktplatz werden Besucher der IBA 27 Auskunft und Anlaufstelle, Kaffee und Toiletten finden. Alles Dinge, die bisher von weither angereiste Besucher der

Weissenhofsiedlung bisher schmerzlich vermissen, wenn sie ratlos umherirren. Das Gebäude soll kein Provisorium für die IBA 27 sein, sondern später im Verbund mit der Akademie als Ausstellungs- und Besucherzentrum fortbestehen.

Was bedeutet das für Besucher ebenso wie für Anwohnerinnen?



Was sich so gut anhört, wirft auch Fragen auf. Werden die erwünscht zahlreichen Besucher der IBA 27 den Killesberg zu Fuß erreichen? Vielleicht mit der Stadtbahn im 20 Minuten-Takt? Oder werden vielleicht manche mit Bussen, womöglich sogar mit eigenen Kraftfahrzeugen anreisen. Wer wird ihnen den Weg weisen? Wo werden sie ihre Fahrzeuge abstellen, solange sie besichtigen? Die Kunstakademie hat zwar eine große Tiefgarage, aber wird diese für diese Besucher zur Verfügung stehen? Die Tiefgarage im nahen Einkaufszentrum ist beim letzten Tennisturnier an ihre Grenzen gestoßen. Und Busse sind nicht nur groß, sondern ihre Fahrer lassen den 400 PS Diesel während der Standzeit laufen, damit die Klimaanlage weiterkühlen oder gegebenenfalls heizen kann. Bei modernen Bussen kann man keine Fenster aufmachen. Diese Fragen scheinen die Stadtverwaltung auf dem falschen Fuß zu treffen. Irgendwelche Vorkehrungen sind nicht in Sicht.

Im Bezirksbeirat ist jüngst die Forderung nach einer Kleinbuslinie aufgekommen, die sicher die älteren Bewohner bei ihren täglichen Besorgungen gerne annehmen werden. Das sieht aber nicht aus wie ein Angebot für Besucher, die ein halbes Dutzend Projekte in Stuttgart und mindestens eben so viele in der Region von

Böblingen bis Winnenden an einem Tag oder vielleicht auch an zweien sehen wollen. Wer schon mal verreist war, kennt die Hetzerei.

In den Architektenwettbewerben der letzten 20 Jahre wurde die Straße Am Kochenhof zwischen Brenzkirche und Kunstakademie immer wieder als Fußgängerzone mit vielen Bäumen statt vielen Autos gezeichnet. Das

ist durchaus das, was Besucher aus dem Ausland im Jahre 2027 vor dem zentralen Informations- und Begrüßungs-Gebäude einer internationalen Ausstellung erwarten und von anderen Veranstaltungen mit vergleichbarem Anspruch gewohnt sind. Das „I“ im Kürzel IBA soll für international stehen. Wer zum Beispiel Rom an Anfang des Heiligen Jahrs im Januar 2025 besucht hat, erlebte eine Stadt ohne Baustellen, ohne Schlaglöcher, sauber wie schwäbische Kehrwoche und mit zahlreichen neuen Fußgängerzonen. Paris hat zur Olympiade den privaten Autoverkehr in einem Maße zurückgedrängt wie wenige Städte dieser Größe und will daran auf Dauer festhalten. Wozu veranstaltet eine Stadt ein internationales Großevent, wenn sie sich dazu nicht herausputzen will.

Wenn die Stadt Stuttgart sich wenigstens für die Dauer der Ausstellung auf vergleichbarem Niveau darstellen wollte, müsste sie langsam mit den Vorbereitungen anfangen. Es ist höchste Zeit, dass die Stadtverwaltung das geplante Riesenergebnis in Stuttgart und der Region auch im Detail so vorbereitet, wie eine international angelegte Ausstellung das verdient. (Sebastian Sage)



Panoramabahn - wie geht es weiter?

Soviel ist klar: Die Panoramabahn, auf der vom Kopfbahnhof aus am Nordbahnhof und an den Wagenhallen vorbei Regionalzüge und Intercity-Züge am Stuttgarter Talkessel entlang nach Stuttgart-Vaihingen und weiter Richtung Freudenstadt, Rottweil und Zürich fahren, kommt mit Stuttgart 21 unter die Räder. Fragt sich nur, wie weit. Die (teilweise) Inbetriebnahme von Stuttgart 21 war erst im Juli diesen Jahres auf Dezember 2026 ver-

gesperrt ist. Dieser Streckenteil stand offiziell bisher nie zur Debatte, und eigentlich wollte das Land die Regionalzüge in bzw. aus Richtung Böblingen an einem neu zu errichtenden Interimsbahnhof an dieser Gleisverbindung zwischen Wagenhallen und Pragtunnel ganz in der Nähe des S-Bahnhofs Nordbahnhof und der U-Bahn-Station Löwentorbrücke beginnen und enden lassen. Doch das Verkehrsministerium hat die Pläne



schohen worden, jetzt ist auch dieser Termin obsolet: Vielleicht 2027, vielleicht noch später – die neue DB-Chefin will sich erst Mitte 2027 auf einen neuen Termin festlegen. Damit bekommt auch die Panoramabahn noch eine Gnadenfrist: Züge vom Kopfbahnhof nach Stuttgart-Vaihingen sollten Stand Juli noch bis März 2027 und nicht nur bis April 2026 möglich sein, jetzt wird es vielleicht nochmal einige Monate länger gehen. Aber irgendwann ziemlich bald beginnt der Intercity nach Zürich in Stuttgart-Vaihingen – nicht gerade attraktiv, wenn man von Singen nach Nürnberg oder von Rottweil nach Heilbronn will. Aber wie geht es dann weiter?

Von Stuttgart-Vaihingen aus kann man über die Panoramabahn nicht nur zum Kopfbahnhof fahren. Etwa an den Wagenhallen gibt es eine Gleisverbindung zum Pragtunnel und weiter Richtung Feuerbach. Manchmal wird sie von Güterzügen genutzt, wenn die Strecke vom Kornwestheimer Rangierbahnhof über Korntal und Leonberg nach Böblingen

für diesen Interimsbahnhof ziemlich klammheimlich beerdigt. Und damit bekommt die Panoramabahn ein Problem: Wer die Infrastruktur betreibt – im Moment ist das noch die DB-Infrastrukturgesellschaft InfraGo – bekommt keine Einnahmen mehr für die Trassennutzung und kann die Instandhaltungskosten nicht gegenfinanzieren. Dann droht die Stilllegung. Wir finden: Das muss unbedingt verhindert werden.

Die Panoramabahn kann nicht nur als S- oder Regionalbahn mit zusätzlichen Haltepunkten viele zusätzliche Fahrgäste für den öffentlichen Verkehr gewinnen. Dazu gibt es eine Reihe von Gutachten und Konzepten; sie quert viele SSB-Linien und lässt interessante Umsteigeverbindungen entstehen. Sie ist auch heute schon eine wichtige Ausweichroute, wenn die S-Bahn-Stammstrecke gesperrt ist. Während der Sommersperrungen haben Doppelstockzüge im Stundentakt vom Hauptbahnhof nach Stuttgart-Vaihingen und weiter nach Böblingen eine

komfortable Alternative zu nervigen Ersatzbussen und überfüllten Stadtbahnen geboten. Das wird vielleicht schon 2027 nicht mehr gehen (auch dann wird es wieder eine extralange Sommersperrung der S-Bahn geben). Aber eine Verbindung von Stuttgart-Zuffenhausen oder Feuerbach über die besagte Verbindungskurve nach Stuttgart-Vaihingen, das wäre drin. Und auch sonst wäre diese Route eine interessante Ausweichverbindung bei geplanten oder ungeplanten Sperrungen des Stammstreckentunnels. Denn eine echte Alternative für solche Fälle gibt es mit S 21 sonst nicht mehr.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Panoramabahn auch im anstehenden neuen Nahverkehrsplan der Landeshauptstadt ausdrücklich erwähnt wird: Sie ist eine wichtige Verbindung innerhalb Stuttgarts, die die SSB entlasten kann – und die Gleise gehören der Stadt Stuttgart! Eine Vereinbarung zwischen Stadt, Land und DB sieht eigentlich vor, dass sich eine neue Infrastrukturgesellschaft um die Panoramabahn kümmern soll. Man hört nur fast gar nichts mehr davon. Wir finden: Die Stadt darf sich nicht aus der Verantwortung stehlen (Gottfried Schmitt)

Senioren

Unsere Genossin Monika Kupke ist seit Januar Delegierte des Bezirksbeirat Nord im StadtSeniorenRat Stuttgart. Dieser setzt sich, ehrenamtlich, für die Interessen der Seniorinnen und Senioren in den Stadtteilen und gegenüber städtischen Ämtern ein und unterstützt zum Beispiel bei der Internetnutzung, bei Patientenverfügungen, Erbfragen und viele mehr.

Sie erreichen unsere kompetente Genossin über info@stadtseniorenrat-stuttgart.de.



Oper abspecken?

Wenn es um Großbaustellen geht, kann Stuttgart im internationalen Vergleich mithalten. Doch wenn es um Verzögerungen geht, liegen wir mit Stuttgart 21 in der Spitzengruppe. Und obwohl der Bahnhof jetzt wieder ein Jahr verschoben wurde, plant der Gemeinderat mit der neuen Oper bereits das nächste Desaster. Doch halt. Während bei der Entscheidung für Stuttgart 21 noch viel Geld in der Kasse war, brechen derzeit die Gewerbesteuererinnahmen weg und allerorten muss gespart werden.

„Opern-Interim muss abspecken“ lautete die Meldung im Juli. Dass die Kosten des Gesamtprojekts inzwischen bei 1,5 Milliarden Euro liegen, treibt nicht nur dem Kämmerer die Schweißperlen auf die Stirn – auch die normalen Bürger fragen sich, warum ein Opernhaus mehr Geld kosten darf als alle anderen Kultureinrichtungen zusammen. Und das für am Ende 1400 Plätze – also fast eine Million Euro pro Sitzplatz.

Wir von der SPD-Nord haben den Prozess seit Jahren mit Vorschlägen begleitet, die allesamt der Gigantomanie der Opernfreunde zum Opfer gefallen sind. Von der Oper neuen Stils am Eingang zur Königstrasse bis zur Interimsoper im alten Postverteilzentrum reichten unsere guten Vorschläge.

Unsere Gemeinderätin, Sara Dahme, hat vorgeschlagen, im Frühjahr ein Symposium einzuberufen, das über die Alternativen und die Zukunft der Oper spricht. Ihr ist als Kulturpolitikerin klar, dass niemand verstehen würde, wenn die Oper wie geplant umgesetzt würde. Wir bleiben dabei: Lasst uns nochmal über das Konzept reden, über die Zukunft der Oper und über die vielen guten Vorschläge, die in den letzten Jahren keine Berücksichtigung fanden. Eine neue Ausrichtung wäre auch eine gute Grundlage für ein zukünftiges Gebäude. Wir wetten, dass man die Kosten halbieren könnte – noch immer zu viel, aber davon nur die Hälfte. (Martin Himmelsbach)



Wärmewende

Die Wärmewende in Stuttgart nimmt nur langsam Fahrt auf. Dies wird für viele Mieterinnen und Mieter in Zukunft höhere Wärmepreise bedeuten, wenn Gas- und CO₂-Preise weiter steigen. Die SPD unterstützt die Ziele der Stadt Stuttgart für Klimaneutralität im Jahre 2035. Heizen darf aber nicht zum Luxus werden.

Gerade in den dicht besiedelten Innenstadbezirken spielt die Fernwärme eine wichtige Rolle. Dass es hier nicht vorangeht, liegt auch am mangelnden Fortschritt in der Planung. Die EnBW als derzeitige Betreiberin des Fernwärmenetzes ist nicht bereit, vor Klärung des weiteren Betriebs gemeinsam mit der Stadtverwaltung einen belastbaren Ausbauplan zu erarbeiten.

Dabei hätte das Land Baden-Württemberg die Möglichkeit, als größter Anteilseigner der EnBW die Ziele für die Geschäftspolitik im Wärmebereich vorzugeben.

Doch Schwarz-Grün im Land tut unter dem

Vorwand, nicht in den operativen Betrieb eingreifen zu wollen, – nichts! Es ist an der Zeit, dass das Land sich mit allen Mitteln dafür einsetzt, dass die Wärmewende gelingt und für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleibt.

Daher setzen wir uns ein (1) für einen Ausbau des Fernwärmenetzes und Sicherstellung von fairen Preisen, (2) die Planung und den Bau eines Fluss-Wärmekraftwerks am Neckar, (3) eine gleichberechtigte Förderung von individuellen Maßnahmen, wie z.B. Wärmepumpen, und Wärmenetzlösungen.

Die Landtagswahl am 8. März ist eine gute Gelegenheit, mit der SPD eine Partei zu stärken, die die EnBW zur Zusammenarbeit mit der Stadt zwingen wird.

(Peter Hille, gekürzt)



Impressum

Nordlicht – Prag aktuell ist die Zeitung des SPD-Ortsvereins Stuttgart Nord/Prag

Herausgeber: SPD Ortsverein Nord/Prag, Gottfried Schmitt, Mahatma-Gandhi-Str. 34 70376 Stuttgart www.spd-stuttgart-nord.de

Herstellung: Layout Malte Reinisch

Fotos: Gottfried Schmitt, Andreas Beck, Steffen Klan, Martin Himmelsbach

Druck: WirMachenDruck



Rote Wand

Das Quartier „Rote Wand“, ein Areal mit einer Gesamtfläche von rund 6.700 m², wurde 2019 von der Stadt Stuttgart zur Vergabe ausgelobt. Entlang der Straße Am Kochenhof sieht dieser Bebauungsplan eine Häuserzeile, die sogenannten „Minimalhouses“ sowie in der zweiten Reihe die sogenannten „Wolkenhäuser“ vor. Sozial orientierte Wohnformen mit innovativen Wohnkonzepten, einer klimaneutralen und ökologischen Umsetzung, Intergenerationswohnformen sowie hohem gestalterischen Anspruch sind erklärte Ziele dieser Gesamtplanung.



Zwei Baugemeinschaften für zwei der „Wolkenhäuser“ und ein Ankerinvestor konnten die Vergabe erfolgreich für sich entscheiden. Durch das plötzliche Aussteigen des bisherigen Ankerinvestors aus dem Projekt hatte sich die Planungs- und Umsetzungsphase wieder und wieder verzögert. Die vom städtischen Bauamt zu verantwortenden Unsicherheiten und Untätigkeiten haben die Entscheidungen so lange aufgeschoben, dass der sprunghafte Anstieg der Immobilienzinsen einige Genossen zur Aufgabe gezwungen hat. Die Baugemeinschaften konnten indes die jeweiligen Grundstücke von der Stadt Stuttgart erwerben und haben den Bau begonnen. Inzwischen ist ein Wolkenhaus bewohnt, das zweite folgt in Kürze.

Die Stadt ist für die Umsetzung der weiteren Quartiersplanung mit neuen Investoren im Gespräch. Leider ohne konkreten Zeitplan oder merkbare erhöhte Aktivität. Für die Baugruppen ist diese Hängepartie sehr ärgerlich. Schade, dass ein so gutes Projekt am Behördenversagen krankt. (Andreas Beck)



Stammtischgespräch

PROST. Am Stammtisch im Steinbergle ist klar: Die Autoindustrie ist die wichtigste Branche in Stuttgart. An ihr hängen direkt und indirekt viele gut bezahlte Arbeitsplätze. Also muss man sie unterstützen, wo immer man kann. Die CDU hat da ein vermeintlich gutes Rezept. Den Klimawandel ignorieren und die Gegenmaßnahmen verschieben.

DAS VERBRENNERAUS MUSS WEG. Aber stimmt das? Natürlich sind Daimler und Porsche große Arbeitgeber. Aber der Eindruck, sie seien die einzigen, ist falsch. IT, Pharma, Luft- und Raumfahrt und Versicherungen sind zusammen größer und fast 80% der Arbeitsplätze gehören zum Dienstleistungssektor. Dort gibt auch Schadenfreude, wenn die hochbezahlten Porsches und Boschler mit ihren unfasslichen Sonderzahlungen abspecken müssen.

DAS GESCHIEHT DENEN RECHT. Und überhaupt: resultiert die derzeitige Krise eigentlich aus Mitarbeiter- oder aus Managementversagen? Vor vierzig Jahren war Baden-Württemberg führend in der Elektromobilität – ein Vorsprung der wegen günstiger fossiler Energieträger nicht weiterverfolgt wurde. Langfristig ein fataler Fehler hochbezahlter Manager.

STREICHT DENEN DIE PENSIONEN. Heute ist klar, dass wir alles tun müssen, um die Verkehrswende zu schaffen. Verbrenner müssen weg. Führende Wissenschaftler gehen sogar davon aus, dass wir in wenigen

Jahren damit beginnen werden, den Flugverkehr für Privatleute komplett zu streichen, um die Katastrophen abzuwenden.

SPINNEN DIE? Und überhaupt die Entlassungen. Die Gesellschaften, die jetzt tausende Stellen streichen, machen weiterhin Gewinne – wenn auch etwas kleinere. Und sie fordern staatliche Beihilfen und Unterstützungen, die dann die Arbeiterinnen und Arbeiter mit ihren Steuern bezahlen, die von IG-Metall-Gehältern nur träumen können.

DAS NENNE ICH BETRUG. Wie kommen wir aus dem Jammern wieder raus? Wie wäre es mit etwas mehr Optimismus? Waren wir nicht einst das Land der Tüftler und Erfinder? Wie wäre es mit etwas mehr Vertrauen in unsere Innovationskraft. Und wenn schon Politik, dann soll sie sich weniger um die Renditen und den Erhalt des Alten, sondern um die Menschen und deren Zukunft kümmern. Und damit das gelingt, müssen die, die sehr viel haben, nun etwas davon abgeben.

PROST – ZUM WOHLSEIN.

Der SPD-Ortsverein Nord-Prag trifft sich regelmäßig im Naturfreundehaus Steinbergle. Die Treffen sind öffentlich und wir freuen uns auf Euch. (Martin Himmelsbach)

